



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Frankreich und Rußland. Was in der ersten Augustwoche auch dem stärksten Optimisten Anlaß zu Befürchtungen geben mußte, die Gefahr nämlich, daß Deutschland doch noch in den trotz Londoner Verhandlungen rasch wieder aufgeflamten Kampf zwischen Entente und Sowjetrußland hineingezogen werden könnte, ist gerade noch einmal an uns vorübergegangen, nicht etwa infolge unserer Neutralität, die die feindliche Presse fortdauernd zu verdächtigen sucht (Matin vom 17. 8. behauptet z. B. mit der größten Bestimmtheit, daß täglich deutsche Munitionszüge nach Sowjetrußland gehen), und ebenso wenig, weil übereifrige Eisenbahner ein paar Truppen- oder Materialtransporte aufhalten, sondern vor allem wohl, weil die von Spa nach Warschau entsandten Führer der Ententemissionen an ihre Regierungen Telegramme richteten, die mit voller Deutlichkeit erkennen ließen, daß militärische Hilfe zu spät kommen und nur neue Prestigeverluste bringen mußte. Ein halb Duzend Divisionen hätte man zur Not schicken können und weder die Reichswehr noch etwaige Arbeiterbataillone der Unabhängigen und Kommunisten, die am Beispiel des viel bewunderten Sowjetrußland immerhin lernen könnten, was ein schlagkräftiges Heer im Kampfe gegen den Ententekapitalismus wert ist, wären so wenig wie ein Generalstreik imstande gewesen, ihren Transport länger als zwei oder drei Tage zu hemmen. Aber ein halb Duzend Divisionen genügten eben nicht. Die militärische Lage hätte sich vielleicht wiederherstellen lassen, aber direktes militärisches Eingreifen in Polen bedeutete den offenen Krieg mit Sowjetrußland und zu diesem Kriege bedurfte es einer Armee, die man nicht mehr zur Verfügung hat und nicht schaffen kann. Was England noch an militärischen Kräften besitzt, reicht gerade aus, um Indien, Ägypten und Irland niederzuhalten und genügt nicht einmal, um neben Konstantinopel, wo eventuell bis auf weiteres die Griechen herhalten müssen, die wichtigste Eroberung Englands im Weltkrieg, Mesopotamien, zu sichern, das jetzt sogar Lord Rothermere bereits aufzugeben geraten hat. Was Frankreich betrifft, so wäre auch dieses, selbst wenn es weniger Furcht vor einem deutschen Überfall auf die besetzten Gebiete hätte, nicht imstande, nennenswerte Truppenmengen auf den östlichen Kriegsschauplatz zu werfen. Die Überschüsse der Orientarmee, die in Syrien freilich vorläufig einen durchschlagenden Erfolg davongetragen hat, werden dringend in Cilicien gebraucht, wo die Banden Mustafa Kemals die französischen Posten bis nahe an die Küste zurückgedrängt haben und Alexandrette bedrohen. Und an eine neue, wenn auch nur teilweise Mobilisierung zugunsten Polens ist in Frankreich so wenig wie in England zu denken. Selbst der schneidige „Gaulois“ hielt es, sowie nur der erste Gedanke an Mobilisierung auftauchte, für geraten, mit Besorgnis auf die Gefahr einer „inneren Krise“ hinzuweisen, ein Ausdruck, den ein besonneneres und gut orientiertes Blatt wie *Le Nouvelliste* noch viel zu schwach fand. Denn soviel man auch drüben gegen den Bolschewismus wettet, im wesentlichen meint man damit doch den inneren Bolschewismus, und ein neuer, unübersehbarer Krieg um der russischen Milliarden-schuld willen wäre auf keinen Fall populär. Praktische Politiker haben denn auch schon vorgeschlagen, sich für den politischen Mißerfolg im Osten an Deutschland schadlos zu halten.

Die anscheinend ziemlich brüsk erfolgte Anerkennung der Regierung Wrangels von seiten der französischen Regierung, die soviel Staub aufregte und übrigens in der französischen Presse, auch abgesehen von der sozialistischen, nur geteilten Beifall fand, ist unter diesen Umständen politisch von untergeordneter Bedeutung und wenn Millerand wenige Tage später durch den „Matin“ seine Bereitschaft erklären ließ, unter gewissen Bedingungen: Polens Freiheit, Anerkennung der Auslandsschulden, Beweis seitens der Sowjets, daß sie in Wahrheit das russische Volk zu vertreten berufen sind, auch die Sowjetregierung anzuerkennen, so bedeutet das in Wirklichkeit einen glatten Rückzug vor der englischen Vermittlungspolitik, zu der sich der französische Ministerpräsident um so mehr genötigt gesehen haben mag, als sich herausstellte, daß Frankreich tatsächlich isoliert dastand und weder das befreundete und militärisch bereits verbündete Belgien, noch die österreich-ungarischen Nachfolgerstaaten mitmachten. Der „Temps“ wiederholt denn auch einmal über das andere, daß an eine militärische Unterstützung Wrangels kein Mensch jemals gedacht habe.

Zum Ersatz wird man sich an Deutschland halten. Man täusche sich nicht. Frankreich setzt den Krieg gegen Deutschland unentwegt fort. Es mögen Kräfte auch in Frankreich vorhanden sein, die einer wirtschaftlichen Annäherung, ja Zusammenarbeit nicht abgeneigt sind. Aber neben ihnen stehen andere, die gerade jetzt nachdrücklich davor warnen, die Politik in erster Linie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu orientieren, und die Vorgänge im Saargebiet und die Art, wie die ungeschickte Verhaftung von Dr. Dorten in der französischen Presse kommentiert worden ist, lassen klar erkennen, daß Frankreich trotz Millerands offizieller Versicherung, die in der Kammer eine recht kühle Aufnahme fand, seine separatistische Politik noch lange nicht aufgegeben hat. Im Gegenteil, man kann behaupten, daß diese Politik mit jedem Monat an Einheit und zielbewußter Festigkeit gewinnt. Die Dinge sind heute schon sehr viel weiter gediehen als sie es z. B. zur Zeit der Besetzung Frankfurts waren, wo man jenseits des Rheins glaubte, über dergleichen Absichten noch möglichst dicht halten zu sollen. Jetzt beginnt man bereits die Karten aufzudecken. „Eclair“ vom 6. August spricht schon unumwunden davon, daß man die Deutschen mit französischer Hilfe wieder auf den alten Weg des Partikularismus, auf dem es Jahrhunderte des Gedeihens erlebt habe, zurückbringen müsse. „Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß Deutschland nicht imstande ist, ein festes Regime zu bilden. Wir müssen also notgedrungen einschreiten und von den Alliierten völlige Billigung unserer Aktion verlangen.“ Auch Barrès fordert im „Echo de Paris“ eine Politik „des Allemagnes“. Noch deutlicher ist „Eclair“ vom 11. August, wo es heißt: Frankreich muß England zu einem Abkommen auf folgender Grundlage bringen: Besetzung der Rheinlande, Westfalens und zu größerer Sicherheit auch der Mainlinie, die Rheinländer müssen Selbstverwaltung bekommen, Steuern und Zölle im besetzten Gebiet werden zugunsten Frankreichs erhoben. Frankreich muß eine aktive Politik in Deutschland betreiben, selbst wenn diese zur Wiedereinsetzung der ehemaligen Herrscherhäuser mit Ausnahme der Hohenzollern führt, denn eine Wiederherstellung des Föderalismus verbürgt den Weltfrieden. Es handelt sich hierbei, wie ausdrücklich hervorgehoben sei, nicht um willkürliche Treibereien unverantwortlicher Skribenten, sondern um einen seit langem zähe und systematisch verfolgten Plan, von dem man nachweisen kann, daß er schon vor dem Waffenstillstand an maßgebenden Stellen erörtert worden ist. Aber man

braucht nur die französische Presse sorgfältig und in voller Breite zu lesen, um erkennen zu können, wie dieser Plan sich verwirklichen soll. Frankreich rechnet fest darauf — der Leitartikel des „Temps“ vom 4. August läßt das mit voller Deutlichkeit erkennen — im November „automatisch“ das Ruhrgebiet besetzen zu können. Im Besitz des Ruhrbeckens regelt es die Kohlenversorgung Süddeutschlands, vor allem Bayerns. Um Bayern mehr Gegengewicht zu Preußen zu verleihen, ist man nicht abgeneigt, die Bildung eines süddeutschen Bundes mit Österreich und Ungarn zu fördern, allerdings nicht ohne Sorge zu tragen, daß auch hier eine föderalistische Form unter allen Umständen gewahrt bleibt. Diese Form würde durch Wiederherstellung der Monarchie gefördert werden. Bayern kann eventuell, d. h. falls es die nötigen „Garantien“ bietet, als Stütze der Monarchie seine Einwohnerwehren behalten, Ungarn könnte den Erzherzog Joseph (diesen lieber als einen englischen Kandidaten) und Österreich (um immerhin Rivalitäten zu schaffen) Karl wiederbekommen (der durch fortgesetzte Veröffentlichungen der „Opinion“ über die Separatfriedensverhandlungen von 1917 entlastet werden soll). Das ist der Plan. Es handelt sich dabei nicht um Phantasien, sondern um Politik, es kann bewiesen werden, daß diese Politik zielbewußt verfolgt wird und sowohl in Bayern wie in Ungarn wird man dafür gesorgt haben, daß sie auch skeptischen und vorsichtigen Franzosen annehmbar erscheinen muß.

Die Franzosen verfolgen mit dieser Politik noch ein Nebenziel: nämlich die Bildung einer neuen Front gegen den Bolschewismus. Der Clemenceau'sche Stachelbrautzaun um Rußland herum ist brüchig geworden. Die englische Versöhnungspolitik gegenüber den Sowjets erscheint den Franzosen unsicher und unvorteilhaft, das Angstgespenst einer russisch-deutschen Vereinigung rückt ihnen immer näher. Aber weshalb die Front gleich an den Rhein verlegen? Richtiger scheint es, sie am Main, an der Nordgrenze Süddeutschlands, an den Karpathen, am Pruth oder Dnjestr aufzurichten. In Bayern kann der Bolschewismus heute als *quantité négligeable* betrachtet werden, das ausgehungerte Wien kann ein einziges entschlossenes Regiment in Ruhe halten und die Rivalitäten zwischen Ungarn und Rumänien sucht Frankreich nach Kräften auszugleichen. Damit ist eine Brücke bis zu Wrangel geschlagen, was vom französischen Standpunkt um so mehr zu begrüßen wäre, als damit der Einfluß der Engländer auf die Donau lahmgelagt werden könnte. Auch nach außereuropäischen Bundesgenossen beginnt man sich bereits umzusehen und Amerika, dessen Note an den italienischen Botschafter man mit allen Kräften auszuschlachten suchte, gegen England auszuspielen. Sollten sich diese Tendenzen verstärken, wozu bei den starken englisch-amerikanischen Gegensätzen, der energischen Friedensaktion der englischen Arbeiterschaft, die die Regierung bereits stark zu beunruhigen beginnt, den von jeher bestehenden Sympathien des „Temps“ für Amerika und der Verstimmung und teilweise neuerdings ganz offen hervortretenden Feindschaft Frankreichs gegen England oder doch gegen Lloyd George immerhin Möglichkeiten bestehen, so könnte über kurz oder lang ein völliger Wechsel in der Weltkonstellation eintreten zwischen den Mächten der alten Ordnung, zu denen Amerika unbedingt gerechnet werden muß, und dem Bolschewismus, der sich über Polen hinausgreifend, Norddeutschlands bemächtigen und dem sich, um Indien zu retten, England anschließen würde, weil es sich selbst gegen einen inneren Bolschewismus, der seine imperialistische Tendenz erschüttern würde, durchaus mit Recht für immun hält. Die Abrechnung zwischen England und Rußland würde dann verschoben werden, bis der Kampf zwischen England und Amerika zum Austrag gekommen wäre.

Aber doch eben nur verschoben. So lange England Rußland im Baltikum und in Konstantinopel wie in einer Zwickmühle gefangen hält, solange wird der Gegensatz bestehen bleiben. Gerade an diesem Punkte wird deutlich, daß die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden der englische Imperialismus bildet. Auf die Dauer ist es unmöglich, elementare Vorgänge wie die russische Expansion durch zivilisatorische wie das englische Welthandelsreich aufzuhalten. Sperret man, wie im Westen England, im Osten Japan, diese Expansion vom Meere ab, so wird ihr natürlicher Druck sich entweder nach Mittelasien richten oder über Polen hinweg auf das europäische Festland. Im ersten Falle verliert England Indien, im zweiten das europäische Hinterland. Und es ist möglich, daß die begreifliche Unfähigkeit, zwischen diesen beiden Möglichkeiten beizeiten eine Wahl zu treffen, der englischen Macht zum Verhängnis wird. Einstweilen sucht man englischerseits zu einem Waffenstillstand zu kommen, der insofern Ausichten auf Verwirklichung hat, als auch der russische Gegner eine Atempause nötig hat. Man braucht die Erfolge der polnischen Gegenoffensive, die leicht vorauszusehen waren, in der Bedeutung nicht zu überschätzen, aber den Frieden müssen auch die Bolschewisten haben, nicht nur weil die Ukraine wieder unruhig ist und die Tätigkeit Wrangels immerhin bedrohlich wird, sondern vor allem um die Ernte rechtzeitig einbringen und verteilen und Vorsorge für den Winter treffen zu können. Andererseits darf man, selbst wenn die militärischen Erfolge der Polen bedeutender würden, damit rechnen, daß sowohl England wie Frankreich die Polen zu weiteren Abenteuern nicht mehr anfeuern werden, und es ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß die Verhandlungen in Minsk nicht doch noch den Frieden bringen werden. Die grundlegende Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Sowjetregierung zunächst ihren Gedanken an die Weltrevolution aufgibt. Erst damit würde sie, darauf haben die Amerikaner ganz richtig hingewiesen, überhaupt wieder vertrauenswürdig und verhandlungsfähig.

Erst dann ließe sich auch über ein deutsch-russisches Bündnis ernsthaft sprechen. Gegenwärtig können nur Phantasten in Deutschland ein solches befürworten. Solange der Bolschewismus nicht entschlossen eine nationalrussische Form annimmt, kann von einem Zusammengehen zwischen Rußland und Deutschland nicht gesprochen werden, denn im gleichen Augenblick hätte Deutschland als Staat zu existieren aufgehört. Im gleichen Augenblick würden sich die Feinde im Westen eines der Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft, der Ruhrkohle, bemächtigen, würde sich der Süden vom Norden lossagen. Und welchen Zweck würde ein so geschwächtes Deutschland dann noch für Rußland haben? Die Verlegenheiten eines großen bolschewistischen Blockes würden ins ungeheuerliche steigen, Norddeutschlands Volkskraft sich in inneren Schwierigkeiten zerreiben und alles, was etwa an Vorteilen noch zu buchen wäre, ausschließlich den Russen, nicht aber den Deutschen, auch den deutschen Proletariern nicht, zugute kommen. Auch vergesse man ja nicht, daß ein Bolschewistenkrieg am Rhein und Main heillos nicht dasselbe ist wie an der Weichsel oder am Don. Was hier der Krieg zerstört, ist rasch wiederhergestellt, was er in Deutschland vernichtet, bedeutet Wüste auf Jahrzehnte. Und strategisch würden auf einmal die Westmächte alle Vorteile der inneren Front haben. Ein Bündnis mit Rußland bleibt zu erwägen, ein Bündnis mit dem Bolschewismus führt in die Irre. Menenius.